



UNSERE DIREKT-
KANDIDAT*INNEN
FÜRS ABGEORDNE-
TENHAUS

Seite 4

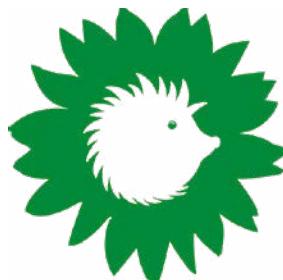


INTERVIEW
MIETENDECKEL
JETZT
Seite 10



KULTURABBAU IM
KULTURBEZIRK?
NICHT MIT UNS!

Seite 11



200. JUBILÄUMSAUSGABE

NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 200, Ausgabe I/2026



ES GEHT UM BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Bezirksstadtrat Jochen Biedermann über den Vorkauf in der Jansastraße

Für ein Haus in der Jansastraße im Neuköllner Reuterkiez hat das Bezirksamt das Vorkaufsrecht ausgeübt. Damit kommt anstelle des ursprünglichen Erwerbers eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zum Zug. Illegale Umbauten, als Matratzenlager vermietete Wohnungen und teure, befristete Mietverträge gehören damit der Vergangenheit an.

Neukölln geht neue Wege beim Vorkaufsrecht. Seit das Bundesverwaltungsgericht 2021 dessen An-

wendung stark eingeschränkt hat, kommt es bundesweit nur noch äußerst selten zur Anwendung. Während eine gesetzliche Neuregelung aber leider nach wie vor auf sich warten lässt, sucht der Bezirk Neukölln konsequent nach verbleibenden Spielräumen. Die Mietenkrise erlaubt kein Abwarten.

So aktuell bei einem Hausverkauf in der Jansastraße. Bei der Prüfung

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

Zusammen gegen Einsamkeit ..	2
Europäische Solidarität: Prinzip ohne Praxis	3
Gute Wohnungen für alle.....	5
BAföG und Armut.....	5
Antisemitismus und anti-muslimischer Rassismus	6
Haushalt ohne Herz und Verstand	7
Mobilität unabhängig vom Geldbeutel	7
Steigende Wohnungs- und Obdachlosigkeit	8
Für mehr Gewaltschutz.....	9
Interview Mietendeckel Jetzt ...	10
Kulturbau im Kulturbezirk? Nicht mit uns!	11
Grünes Kreuzworträtsel.....	12

ES GEHT UM BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Fortsetzung von Seite 1



Das Haus in der Jansastraße wurde von einer städtischen Wohnungsbau- gesellschaft übernommen.

des Kaufvertrags hat sich herausgestellt, dass ohne Genehmigung Modernisierungen durchgeführt und Grundrisse verändert wurden um anstelle regulärer Mietverträge das lukrativere Wohnen auf Zeit anzugeben. Mindestens eine unmöblierte Wohnung wurde als Matratzenlager vermietet. Wohnung um Wohnung ging so für bezahlbares und dauerhaftes Wohnen verloren. Das ändert sich jetzt: anstelle des Käufers, der mutmaßlich diese Praktiken nahtlos fortgeführt hätte, übernimmt die Stadt und Land das Haus. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft sichert damit langfristig bezahlbare Mieten. Möglich wurde das durch die gute Zusammenarbeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit dem Bezirksamt und der Stadt und Land.

Bereits 2023 hatte Neukölln als erster Bezirk das Vorkaufsrecht nach dem Richterspruch wieder genutzt und ein Haus in der Weichselstraße vorgekauft. Vorausgegangen war dem eine intensive Beweiserhebung in dem Haus - so wie auch im aktuellen Fall in der Jansastraße. Nur eine solche ermöglicht es, das Instrument erfolgreich anzuwenden.

Das Vorkaufsrecht hat dabei eine Bedeutung über das einzelne Haus hinaus. Die konsequente Prüfung im Bezirk führt dazu, dass Käufer sich verpflichten, milieuschutzwidrige Nutzungen zu beenden, illegale Grundrissänderungen zurück zu bauen und Wohnungen wieder dauerhaft zu Mietspiegel-Mieten anzubieten. So geschehen zuletzt im Frühsommer bei einem Hausverkauf in Rixdorf. Hätte der Käufer nicht die sogenannte Abwendungsvereinbarung unterzeichnet, hätte auch hier der Vorkauf im Raum gestanden.

Eine Neuregelung des Vorkaufsrechts durch den deutschen Bundestag bleibt fraglos weit oben auf der Wunschliste von Gebieten mit extrem angespanntem Wohnungsmarkt. Der aktuelle Erfolg zeigt aber auch, dass es sich auszahlt, dass Neukölln nichts unversucht lässt um bezahlbares Wohnen zu sichern. Vieles von dem, was in den letzten Jahren unter grüner Führung des Stadtentwicklungsamtes entwickelt wurde, findet heute weit über den Bezirk hinaus Anwendung. Diese Innovationskraft kann fehlende Gesetzesänderungen nicht ersetzen - und trotzdem vor Ort den Unterschied machen. Denn es geht um jede bezahlbare Wohnung.

ZUSAMMEN GEGEN EINSAMKEIT

Warum Einsamkeit eine soziale und demokratische Herausforderung ist

Berlin hat schon immer vielen Menschen die Freiheit geboten zu leben, wie sie leben möchten und das Gefühl, akzeptiert zu sein. Die Anonymität der Großstadt schafft Räume, in denen Vielfalt selbstverständlich ist. Doch genau diese Freiheit kann zur Falle werden. Dort, wo sich niemand einmischt, fehlt oft auch jemand, der sich kümmert. Einsamkeit ist in Berlin längst kein Randphänomen mehr, sondern ein wachsendes Problem mit Folgen für unsere Stadtgesellschaft.

Laut einer aktuellen Untersuchung des Progressiven Zentrums

neigen einsame Jugendliche deutlich stärker zu autoritären Haltungen, verschwörungsideologischen Vorstellungen. Sie misstrauen demokratischen Institutionen häufiger und schätzen ihre eigene Möglichkeit, etwas politisch bewirken zu können, besonders gering ein. Wo Menschen keine Bindung und kein Vertrauen finden, wächst der Boden für Radikalisierung und Abkehr von demokratischer Teilhabe.

Einsamkeit entsteht nicht zufällig, sondern dort, wo Nachbarschaften auseinanderbrechen: in Quartieren ohne soziale Infrastruktur und Treff-

punkte, in Schulen mit zu wenig Personal und zu vielen Herausforderungen, in Stadtteilen, die schlecht angebunden sind und in denen öffentliche Räume kaum Aufenthaltsqualität bieten.



Die Pandemie, steigende Lebenshaltungskosten, Kriege und globale Unsicherheiten wirken tief in die Kieze hinein. Und trotzdem gibt es hier auch Orte des Zusammenhalts. Nachbarschaftseinrichtungen oder lokale Kulturinitiativen schaffen Begegnungen zwischen Menschen, die sich sonst nie treffen würden. Diese Initiativen zeigen, dass Einsamkeit kein unvermeidlicher Zustand in einer Großstadt ist, sondern dass unsere Kieze Räume und Strukturen brauchen.

Eine Stadt, die Einsamkeit ernst nimmt, muss also investieren: in gemischte Quartiere mit bezahlbaren Wohnungen, Schulen der Vielfalt, öffentliche Räume, soziale Strukturen und einen Nahverkehr, der Anbindung an das kulturelle und gesellschaftliche Leben ermöglicht.

Einsamkeit ist damit kein privates Problem, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und auch der politischen Verantwortung. Eine Stadt der Freiheit darf niemanden in der Isolation zurücklassen. Denn Demokratie

lebt davon, dass Menschen einander begegnen und sich als Teil eines gemeinsamen Ganzen begreifen.



Meike Berg und Christina Hilmer-Benedict
Vorstandssprecherinnen
der Grünen Neukölln

EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT: EIN PRINZIP OHNE PRAXIS

Die EU-Asylpolitik steckt in einer Krise: nicht wegen steigenden Fluchtzahlen, sondern aufgrund einer fortschreitenden Entfremdung europäischer Regierungen von den europäischen Werten. Während an unseren Außengrenzen systematisch Menschen entrechtet werden, ringen die Mitgliedstaaten in Brüssel darum, möglichst wenig Verantwortung zu übernehmen. Vorne weg: die deutsche Bundesregierung.

Von der versprochenen Solidarität als Kern der umfassenden EU-Asylreform letztes Jahr will nun kaum jemand noch etwas wissen. Das Ergebnis ist ein System, das immer stärker auf Abschreckung setzt und immer weniger mit den Werten zu tun hat, die Europa so gerne in Reden beschwört.

Statt menschlicher und vernünftiger Lösungen gibt es Lager, Grenzgewalt und immer neue Deals mit autoritären Drittstaaten, um Menschen fernzuhalten. In der Praxis wird hier kein geordnetes EU-Asylsystem geschaffen, sondern eine Mauer aus Steinen, Zäunen, Gewalt und inhumanen Gesetzen, in der illegale Pushbacks und menschenunwürdige Bedingungen Teil des Systems sind. Und trotzdem wird auf europäischer Ebene noch so getan, als würden neue Grenzverfahren, Listen angeblich sicherer Herkunfts länder oder Deals mit Milizen Teil der Lösung sein, statt Ursache des Problems.



Asylpolitik braucht Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und Humanität.

Die Asylpolitik ist ein guter Gradmesser für den Zustand unserer Zivilisation. Und aktuell stehen wir auch in Europa an der Schwelle dazu, dass in der Asylpolitik wieder das Recht des Stärkeren statt die Stärke des Rechts übernimmt.

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen sich aber besonders in schwierigen Zeiten beweisen; auch wenn Mehrheiten nicht mehr dafür einstehen, dass Minderheiten Rechte haben. Verantwortung heißt nicht, Menschen an den Rand Europas zu drängen oder in Drittstaaten zu verschieben. Verantwortung heißt,

mit Empathie, Verstand und einem humanitären Kompass Zugang zu fairen Verfahren und Perspektiven zu ermöglichen und die Herausforderungen in Europa gemeinsam zu schultern.

Europa kann besser sein als das. Es muss es nur endlich wollen.



Erik Marquardt
Mitglied des
Europäischen
Parlaments

UNSERE NEUKÖLLNER DIREKTKANDIDAT*INNEN FÜRS ABGEORDNETENHAUS



Bahar Haghaniour
Wahlkreis 2



André Schulze
Wahlkreis 1



Christina Hilmer-Benedict
Wahlkreis 3



Jan Stiermann
Wahlkreis 5



Philmon Ghirmai
Wahlkreis 4



Asiye Bilir
Wahlkreis 6

Erfahre mehr
über unsre
Kandidat*innen



gruene-neukoelln.de

GUTE WOHNUNGEN FÜR ALLE

Mieten deckeln und „Lizenz zum Vermieten“ einführen



Weisse Siedlung: Symbol für eine verfehlte Wohnungspolitik.

So kann es nicht weitergehen: Die Weiße Siedlung

Seit Jahren ist bekannt, dass die Adler Group ihre Wohnungen in der Weißen Siedlung verkommen lässt. Brandschäden, kaputte Aufzüge, Schimmel in den Wohnungen – die Liste mit den Problemen ist lang und die Adler Group zeigt keinerlei Interesse, das Zuhause der Mieter*innen wieder in einen guten Zustand zu versetzen.

Die Bewohner*innen haben sich entschlossen, „Deutsche Wohnen &

Co enteignen“ zu unterstützen, um für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände einzutreten. Wir stehen als Grüne an der Seite der Mieter*inneninitiativen und aller Mieter*innen. Doch trotz unseres Drucks auf die Adler Group und den Schwarz-Roten Senat hat sich die Adler Group bislang nicht bewegt.

Lizenz zum Vermieten

Der Fall zeigt wieder einmal: Es gibt Vermieter, die ihre Pflichten bewusst vernachlässigen und Wohnraum einzig als Profitobjekt betrachten. Die Grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat deshalb das Bezahlbare-Mieten-Gesetz vorgelegt, durch das Vermieter zur Instandhaltung ihrer Immobilien und einer Mindestquote für Sozialwohnungen verpflichtet werden. Kommt ein Vermieter dem nicht nach, muss er den Markt verlassen. Denn für Immobilienspekulanten und ausbeuterische Vermietungspraxis darf in Neukölln und ganz Berlin kein Platz sein.

Nein zu Spekulation mit Wohnungen

Immobilienspekulanten bereichern sich aber nicht nur durch verwahrlosten Wohnraum. Das Steuerrecht bietet diverse Schlupflöcher, mit denen Konzerne durch Share-Deals beim Kauf von Immobilien die Grunderwerbssteuer umgehen - Berlin hat dadurch allein beim Verkauf der Deutschen Wohnen an Vo-

nova eine Milliarde Euro verloren. Und Gewinne aus dem Verkauf von vermieteten Immobilien sind nach Ablauf der zehnjährigen Spekulationsfrist komplett steuerfrei. Solche Regelungen befeuern die Immobilienspekulation in unseren Kiezen und gehören dringend verboten!

Mietendeckel jetzt

Wir kämpfen für bezahlbare Mieten in Berlin. Dazu muss das Mietrecht im Bundestag geändert werden. Wir wollen den Ländern, Stadtstaaten und Kommunen wie Berlin ermöglichen, einen Mietendeckel einzuführen. Sanierungen müssen so finanziert werden, dass die Warmmiete auf gleicher Höhe bleibt. Das geht nur, wenn sowohl die Vermieter als auch der Staat durch Förderung einen Teil der Kosten tragen.

Für faire Mieten machen wir mit den Mieter*innen in der Weißen Siedlung weiter Druck, bringen im Abgeordnetenhaus die Lizenz zum Vermieten auf den Weg und kämpfen im Bundestag endlich für ein gerechtes Steuersystem – denn Wohnraum ist ein Grundrecht, kein Spekulationsobjekt.



Andreas Audretsch
Mitglied des
Deutschen
Bundestages

BAFÖG UND ARMUT

Können sich Neuköllner*innen studieren leisten?

Berlin verzeichnet seit Jahren sinkende BAföG-Zahlen, so wenige Studierende wie heute haben die Studienförderung seit Jahrzehnten nicht mehr bezogen. Aktuell beziehen nur etwa 11 % der Berliner Studierenden BAföG. Das liegt jedoch nicht daran, dass weniger junge Menschen Unterstützung brauchen. Im Gegenteil: Ge-

rade in einem Bezirk wie Neukölln, in dem viele Studierende mit knappen finanziellen Mitteln leben, wird die wachsende Kluft zwischen Wohlhabenden und denen, die es nicht sind, besonders sichtbar.

Viele verzichten auf BAföG, weil das Verfahren abschreckt. Komplizierte Formulare, lange Bearbei-

tungszeiten, schwer erreichbare Ämter. Nicht selten erleben Studierende ein Behördenchaos, das ausgerechnet in einer ohnehin belastenden Lebensphase zusätzliche Unsicherheit schafft. Dass der Alltag in Berlin teuer ist, verschärft die Lage weiter. Die Wohnkosten steigen seit Jahren und ein WG-Zimmer in

BAFÖG UND ARMUT



Fortsetzung von Seite 5

Berlin ist mit einem Durchschnittspreis von ca. 650 Euro kaum noch bezahlbar. So verschwindet ein erheblicher Teil des verfügbaren Geldes allein in der Miete. Selbst wer das Glück hat, gefördert zu werden, merkt schnell, dass der Bafög Betrag mit der Realität der Großstadt längst nicht mehr mithalten kann.

Die grüne Bundestagsfraktion hat daher eine deutliche Erhöhung von 475 Euro auf 563 Euro und eine umfassende Reform des Bafög vorgeschlagen: Eine automatische Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten, eine Abbildung der realen Wohnkosten, weniger Bürokratie und ein System, das niemanden zurücklässt – weder beim Fachrichtungswechsel noch im Teilzeitstudium.

Aus grüner Perspektive ist klar: wir müssen uns einsetzen. Dafür,

dass das Bafög grundlegend reformiert wird. Ein System, das junge Menschen mit Bürokratie überlastet und gleichzeitig zu wenig zum Leben bietet, erfüllt seinen Zweck nicht mehr. Es braucht einfachere Verfahren, einen Mietendeckel, der vor weiterer Verdrängung schützt, und eine Förderung, die sich an echten Lebenshaltungskosten orientiert. Nur so kann das Bafög wieder zu dem werden, wofür es gedacht ist. Ein Werkzeug für Bildungsgerechtigkeit, das auch allen Studierenden in Neukölln eine faire Chance ermöglicht.



Asiya Bilir
Mitglied der
Grünen Jugend
Neukölln



BAfög unter Druck: Studieren wird teurer, die Förderung hält nicht Schritt.

ANTISEMITISMUS UND ANTI-MUSLIMISCHER RASSISMUS

Handeln statt wegsehen

In Neukölln kommt es immer wieder zu antisemitischen und antimuslimischen Übergriffen. Neuköllner*innen berichten von Beleidigungen, verbalen Attacken und offenen Bedrohungen – sei es auf der Straße, in Schulen oder bei Behördengängen.

Um dem etwas entgegenzusetzen, haben wir in der BVV Neukölln zwei Runde Tische ins Leben gerufen: Einer widmet sich antimuslimischem Rassismus, der andere soll jüdisches Leben im Bezirk stärken. Beide Formate bringen Betroffene, Verwaltung und politische Akteur*innen in geschützten Räumen zusammen, um über Diskriminierungserfahrungen zu sprechen, Betroffene zu stärken und konkrete Schritte für Veränderung zu entwickeln.

Denn Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus entstehen nicht nur in rechtsextremen Szenen,

sondern kommen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen. Wenn wir sie kleinreden oder ignorieren, ändert sich nichts! Und auch bei der konkreten Umsetzung der geplanten Maßnahmen holpert es teilweise gewaltig. Kadir Şahin (Grünes Fraktionsmitglied und für uns im zuständigen Ausschuss für Bürgerdienste, Antidiskriminierung, Gleichstellung und Queerpolitik) erzählte mir: „Dass es die beiden Runden Tische gibt, ist ein Erfolg. Aber gerade im Fall des Runden Tischs gegen antimuslimischen Rassismus warten wir immer noch auf seine Umsetzung – und das trotz BVV-Beschluss vor eineinhalb Jahren.“ Wir werden also weiterhin Druck machen auf das Bezirksamt, damit hier endlich konkrete Schritte folgen!

Für uns ist klar: Wer schweigt, gibt oftmals Hass und Hetze zu viel Raum. Aber wer handelt, baut demokrati-

sche Strukturen, in denen Teilhabe und Solidarität nicht nur Worte auf Papier sind, sondern im Alltag spürbar werden. Der Weg dahin führt in meinen Augen auch über den Dialog und die gezielte Einbindung von jüdischen und palästinensischen Communities. Nur so können Strukturen entstehen, die gleichzeitig nachhaltig und konkret sind, und unser Zusammenleben im Bezirk wirklich stärken.

Darum lasst uns reden, zuhören und handeln – für ein Neukölln, in dem alle ohne Angst leben können.



Samira Tanana
Vorsitzende der
Grünen Fraktion
Neukölln

EIN HAUSHALT OHNE HERZ UND VERSTAND

Am 18. Dezember war es soweit. Nach monatelangen Haushaltsberatungen hat das Abgeordnetenhaus mit der Mehrheit von CDU & SPD einen Landeshaushalt für 2026/2027 beschlossen. Einen Haushalt, der Berlins Klimaziele bedroht, indem er beim Klima- und Umweltschutz bis zu 80 % streicht. Einen Haushalt, der die Demokratie schwächt, indem er Kultur, Beteiligung und politische Bildung zusammenkürzt. Und einen Haushalt, der die Menschen aus dem Blick verliert, indem Angebote für armutsgefährdete Kinder, Jugendliche und Familien wegbrechen.

Klimaschutz und Verkehrswende bleiben auf der Strecke

Der Senat streicht Geld für ökologischen Klimaschutz, energetische Sanierung und die Verbesserung von Rad- und Fußwegen genauso zusammen, wie die Mittel für Verkehrssicherheit oder die Pflege von Grünflächen. CDU & SPD stoppen die Verkehrswende und zentrale Klimaschutzprogramme – und gefährden so die Berliner Klimaziele!

Beim Berliner Anteil des Sondervermögens fehlt es CDU & SPD an einem durchdachten und glaubwürdigen Gesamtkonzept für die 5,2 Milliarden Euro. So werden für den Ausbau von Bus & Bahn nur Maßnahmen aus dem Haushalt ins Sondervermögen verschoben, anstatt zusätzliche Investitionen voranzubringen.

Organisierter Klassenkampf von oben

16 Millionen Euro für Videoüberwachung statt Jugendangebote auszubauen. 34 Millionen Euro für eine Wohneigentumsförderung ohne Konzept, statt Präventionsangebote gegen Obdachlosigkeit zu stärken. Und sechs Millionen Euro für eine aussichtslose Olympiabewerbung, statt die bezirklichen Sportstätten für den Schul- und Breitensport zu sanieren. Schwarz-Rot setzt auf Repression statt Prävention und kürzt bei den Schwächsten in der Gesellschaft.

Denn während der CDU-Finanzsenator beim Bund unverhohlen für Kürzungen bei Sozialleistungen trommelt, streichen Kai Wegner und die CDU in Berlin Soziales zusammen. Diese Politik ist finanzpolitisch kurzsichtig und sozialpolitisch fatal!

Doch wir kämpfen weiter – jetzt erst recht!

An der Seite von Eltern und Sozialarbeiter*innen, Gewerkschaften und Vereinen, Mieter*innen und der Klimabewegung kämpfen wir für eine Haushaltspolitik, die dieser Stadt gerecht wird. Die Klimaschutz vorantreibt. Kunst- und Kultur ernst nimmt. Und soziale Infrastruktur stärkt. Dafür wollen wir Schwarz-Rot 2026 ablösen und Kai Wegner als Regierenden Bürgermeister abwählen!



Kleingeld statt Zukunft: CDU und SPD kürzen Klimaschutz, Soziale Projekte und Verkehrssicherheit – und gefährden Berlins Zusammenhalt.



André Schulze
Mitglied des
Abgeordneten-
hauses von
Berlin

MOBILITÄT UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL

Ein Auto ist teuer – für Besitzer und für alle anderen. Viele, die sich kein Auto leisten können, zahlen dennoch mit: durch Lärm, Abgase und schlechte Alternativen. In Berlin besitzen rund 50% der Haushalte kein Auto. Während in der Innenstadt

der ÖPNV ausgebaut ist, sind Menschen in Rudow, Buckow oder Britz-Süd hier stärker abgehängt: lange Wege zur Haltestelle, seltene Verbindungen, eingeschränkte Mobilität am Abend.

Für die Menschen, die an Haupt-

straßen leben, kommen durch den Autoverkehr weitere Belastungen hinzu: Lärm, Abgase, schwarzer Ruß in den Wohnungen. Gleichzeitig sind gerade deshalb dort die Mieten niedriger, weshalb Menschen mit geringem Einkommen und ohne Auto

MOBILITÄT UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL

Fortsetzung von Seite 7

häufig an diesen belasteten Straßen wohnen. Investoren platzieren günstige Wohnungen gezielt dort – die ruhigen Viertel bleiben denjenigen vorbehalten, die sich ein eigenes Auto und höhere Mieten leisten können. So prallen an der Hauptstraße Arm und Reich direkt aufeinander.

Die anderen leben an der Straße, leiden unter deren Verkehr – und stehen beim Ausbau von Busspuren, Radwegen und Tram immer wieder hinten an, weil jeder Meter Straßenfläche umkämpft ist. Besonders deutlich zeigt sich das in Rudow: hohe Pkw-Dichte im Blumenviertel, gleichzeitig großer Widerstand gegen Tram- und Radwegprojekte. Ohne Alternativen bleibt alles beim Alten – zulasten derer ohne Auto.

Verkehrswende heißt: Mobilität unabhängig vom Geldbeutel.

Mobilität bedeutet Teilhabe. Deshalb muss der ÖPNV so gestaltet sein, dass er für alle bezahlbar und gut erreichbar ist – unabhängig vom Wohnort oder Einkommen. Gleichzeitig brauchen Menschen an Hauptstraßen spürbare Entlastung von Lärm, Abgasen und Schadstoffen. Das gelingt nur, wenn weniger Autos unterwegs sind und gute Alternativen zur Verfügung stehen: ein dichter und zuverlässiger ÖPNV, sichere Radwege und gute Bedingungen für zu Fuß Gehende. Eine echte Verkehrswende erfordert eine gerechtere Verteilung des Straßenraums. Bus- und Radspuren machen klimafreundliche Verkehrsmittel schneller und ver-

lässlicher – und sorgen gleichzeitig dafür, dass Lärm und Abgase sinken.

Die Verkehrswende darf nicht nur die Innenstadt betrachten. Gerade in Buckow, Britz und Rudow müssen ÖPNV sowie Rad- und Fußwege verbessert werden – für saubere Luft, Ruhe und echte Mobilität für alle.



Jan Stiermann
Co-Sprecher der
AG Südneukölln

STEIGENDE WOHNUNGS- UND OBDACHLOSIGKEIT

CDU und SPD bleiben Antworten schuldig

Der Berliner Senat verspricht, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Doch die Realität in unserer Stadt bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung: Die Zahlen steigen Jahr für Jahr. 2024 gab es knapp 56.000 wohnungslose Menschen in Berlin, mindestens 6.000 von ihnen lebten auf der Straße. Familien, Alleinerziehende und Frauen gehören zu den am stärksten wachsenden Risikogruppen. Daher sind auch Schutzräume wie Eva's Obdach in Neukölln besonders wichtige Angebote. Besonders dramatisch ist die Situation auch für junge Menschen: Anfang dieses Jahres lebten über 15.000 Kinder und Jugendliche in Berliner Unterkünften für wohnungslose Menschen und damit mehr als doppelt so viele wie noch zwei Jahre zuvor. Dort fehlt es oft an Rückzugsräumen und sozialer Betreuung. Diese Bedingungen wiederum prägen

Bildungswege, psychische Gesundheit und Zukunftschancen. Das ist eine stille, aber systematische Kin-

deswohnlkrise inmitten unserer Stadt. Die Lage droht sich zu verschlimmern, denn Berlin verliert täglich

Rund 6.000 Menschen leben in Berlin auf der Straße.



bezahlbaren Wohnraum und Sozialwohnungen. Der Senat selbst geht davon aus, dass in den kommenden Jahren zehntausende weitere Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sein werden. Diese Prognose steht im Widerspruch zum Ziel, die Obdachlosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden. Das ist das Ergebnis politischer Unterlassung der schwarz-roten Koalition, die bei bezahlbarem Wohnen auf Sicht fährt, statt strukturell gegenzusteuern.

Wir Grüne fordern einen radikalen Politikwechsel:

Wir setzen uns für einen massiven

Ausbau von Housing First-Programmen, verbindliche Qualitätsstandards für Unterkünfte, mehr sozial-pädagogische Betreuung und echte Prävention ein, die Mietverhältnisse schützt, bevor Wohnungslosigkeit entsteht. Berlin braucht zudem eine Sozialbau-Offensive, mehr gemeinwohlorientierten Wohnraum und klare Belegungsquoten für Familien. Zudem möchten wir ganzjährig 24/7-Angebote der Kälte- und Hitzehilfe ausbauen sowie niedrigschwellige Beratungsstellen, psychosoziale Unterstützung in den Kiezen und Gesundheitsversorgung auch ohne Versicherung anbieten. So wird allen

geholfen, die in Not sind.

Denn am Ende geht es nicht nur um vier Wände. Es geht um Schutz, um Teilhabe, um das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir kämpfen für ein Berlin, das Zuhause für alle ist und allen ein Zuhause bietet.



Philmon Ghirmai
Landesvorsitzender der Berliner Grünen

FÜR MEHR GEWALTSCHUTZ

Gewaltschutz stärken - jetzt erst recht

Am 25. November gingen wir Grüne Neukölln zum Aktionstag gegen Gewalt an Frauen unter dem Motto „We Want Us Alive“ am Hermannplatz auf die Straße. Doch während wir demonstrierten, stiegen die Gewaltzahlen weiter. Die aktuelle Kriminalstatistik zeigt: Gewalt gegen Frauen nimmt zu. Fast jeden Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet.

Keine Kürzungen im Gewaltschutz

Trotz dieser dramatischen Lage plant der schwarz-rote Senat Kürzungen beim Frauen- und Gewaltschutz. Nach Protesten aus der Zivilgesellschaft soll ein Teil davon zurückgenommen werden. Wir Grüne fordern jedoch, alle Kürzungen zu streichen.

Auch Arbeitsmarkt- und Beratungsangebote für Frauen und FLINTA* sind unverzichtbar, denn finanzielle Unabhängigkeit ermöglicht den Ausstieg aus Gewaltbeziehungen. Gleichzeitig ist der Gewaltschutz in Berlin seit Jahren chronisch unterfinanziert. Unsere Änderungsanträge zeigen: Es geht ohne Kürzungen.

Schutzplätze retten Leben

Gewalt gegen Frauen ist tödlicher Alltag. Schutzplätze, Beratung und Prävention verhindern Femizide - retten Leben. Unser Dank gilt allen, die täglich im Hilfesystem arbeiten

und Betroffene unterstützen. Sie verdienen politische Rückendeckung – und eine verlässliche, langfristige Finanzierung. Unsere Haltung ist eindeutig: Am Gewaltschutz darf nicht gespart werden.



Bahar Haghani
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

HIER FINDEN SIE HILFE:

Der Schritt aus der Gewaltspirale ist möglich.
Haben Sie Mut – suchen Sie Hilfe!



BIG Hotline	030 611 03 00	
Frauenkrisentelefon mit Migrantinnenberatung	030 6157596	
ZUFF - Schutzwohnungen	030 694 60 67	
Frauen*NachtCafé von Wildwasser	030 61620970	Mareschstraße 14
Frauentreffpunkt Sozialdienst katholischer Frauen – Mehrsprachige, überkonfessionelle Fachinterventionsstelle	030 6222260	Selchower Straße 11
SOLWODI - Fachberatung für Geflüchtete und Migrantinnen	030 81001170	Kranoldstraße 24
Frauen-Café Gropiusstadt	030 6024617	Löwensteinring 22
StoP - Stadtteile ohne Partner*gewalt	0157 58259313 0176 60431946	Emserstraße 15

MIETEN RUNTER, BEZAHLBARE WOHNUNGEN SICHERN

Im Gespräch mit Miriam Beck von der Kampagne *Mietendeckel Jetzt!*



Für alle, die euch noch nicht kennen: Was ist die Kampagne „Mietendeckel Jetzt!“ – und welches Ziel verfolgt ihr damit?

Die Kampagne „Mietendeckel Jetzt!“ ist eine bundesweite Initiative, die sich für bezahlbare Mieten einsetzt. Wir haben uns letztes Jahr im Dezember gegründet und fordern seitdem mit Initiativen aus ganz Deutschland die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels, der aus drei Komponenten besteht:

1. Einem sofortigen Mietenstopp, der Mieterhöhungen in ganz Deutschland verbietet.
2. Einer Begrenzung der Miethöhen durch festgelegte Obergrenzen bei Neuvermietungen.
3. Einer Absenkung überteuriger Mieten auf die festgelegte Obergrenze.

Wir reagieren damit auf eine massive Wohnungskrise: explodierende Mieten, der Rückgang von Sozialwohnungen, zunehmende Eigenbedarfskündigungen, Zwangsräumungen und steigende Wohnungslosigkeit. Über Jahrzehnte hinweg haben Regierungen zugesehen, während die Interessen von Mieter*innen vernachlässigt wurden. Das wollen wir mit einem Mietendeckel ändern.

Wie kann ein bundesweiter Mietendeckel aus eurer Sicht gerade Bezirke wie Neukölln entlasten?

In Berlin werden die Mieten bundesweit am stärksten erhöht. Und Neukölln ist davon besonders betroffen. Die Mieten werden hier rasant erhöht. Angebotsmieten haben sich in den letzten 10 Jahren quasi verdoppelt. Ein Mietendeckel würde das sofort ändern. Denn durch einen Mietendeckel würden Mieterhöhungen erstmal nicht erlaubt sein. Außerdem würde eine Obergrenze für Mieten klare Regeln schaffen und für neue Wohnungen dürften keine horrenden Mieten mehr verlangt werden. Außerdem würden zu hohe Mieten abgesenkt werden. Das heißt Menschen bleiben in ihren Wohnungen, aber hätten von heute auf morgen mehr Geld zum Leben übrig.

Warum braucht es heute eine Kampagne für einen bundesweiten Mietendeckel?

In Berlin gab es schonmal einen Mietendeckel, der allerdings vom Bundesverfassungsgericht gekippt wurde, weil das Land Berlin so ein Gesetz nicht erlassen darf. Das darf nur der Bundestag. Das Problem war also nicht der Mietendeckel, sondern wer ihn erlassen darf. Deswegen brauchen wir nun einen bundesweiten Mietendeckel. Dann würden die Mieten nicht nur in Berlin sinken, sondern deutschlandweit. Inhaltlich war der Mietendeckel aber erfolgreich – er hat als einzige Maßnahme in der Geschichte der Bundesrepublik die Mieten gesenkt und die Berliner Mieter*innen spürbar entlastet.

Warum sind Mietenstopp, Mietobergrenzen und Absenkung überhöhter Mieten notwendig?

Die drei Instrumente ergänzen sich: Ein Mietenstopp verhindert sofort weitere Erhöhungen. Mietobergrenzen setzen klare Regeln für Neuvermietungen. Die Absenkung

überhöhter Bestandsmieten sorgt dafür, dass auch langjährige Mieter*innen spürbar entlastet werden.

Die Erfahrung aus Berlin zeigt: Ein Mietendeckel wirkt sofort. Wohnungen wurden wieder bezahlbar, die Angst vor Mieterhöhungen verschwand und viele Haushalte hatten monatlich deutlich mehr Geld zur Verfügung.

Wie begegnet ihr den Einwänden, ein Mietendeckel schade Investitionen oder dem Neubau?

Das stimmt so nicht und zwar aus zwei Gründen: erstens ist Neubau vom Mietendeckel ausgenommen. Das heißt, wer neu bauen will, kann neu bauen und zwar unabhängig vom Mietendeckel. Und zweitens brauchen wir nicht irgendeinen Neubau, sondern bezahlbaren Neubau. Und gerade wird vor allem teuer gebaut. Also Eigentums- und Luxuswohnungen oder möblierte Apartments. Das kann sich niemand leisten und steht dann leer. Solche Investitionen brauchen wir in Berlin nicht. Bezahlbarer Neubau entsteht fast ausschließlich durch öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften. Das muss gefördert werden.

Ein Mietendeckel verhindert Spekulation, ohne faire Mieteinnahmen zu unterbinden. Er schafft vielmehr Anreize für den Wohnraum, den wir tatsächlich brauchen – Wohnungen zum Leben, nicht als Renditeobjekte.

Wie sähe der Wohnungsmarkt in zehn Jahren mit eurem Modell aus?

Unsere Vision ist ein Wohnungsmarkt, wo Mieten die Leute nicht mehr in die Armut treiben. Wo Menschen wieder umziehen können, zum Beispiel wenn sie eine größere Wohnungen brauchen, weil sie eine Familie gründen oder wenn sie eine kleinere Wohnung brauchen, weil die Kinder wieder aus dem Haus sind. Mieten wären klar geregelt, bezahlbar und nachvollziehbar.

KULTURABBAU IM KULTUR-BEZIRK? NICHT MIT UNS!

Die Berliner Kulturszene ächzt unter den Kürzungen des Senats – in Neukölln spürt man sie jetzt schon deutlich. Die bezirklichen Kultureinrichtungen sind schon länger chronisch unterfinanziert: Bleibt es bei den Sparmaßnahmen von CDU und SPD werden etwa die Musikschule und die Kommunalen Galerien ihre Angebote noch weiter einschränken müssen.

Doch am stärksten trifft der schwarz-rote Kulturabbau all jene Künstler*innen und Kreativen, die sich als Freischaffende und Solo-Selbstständige schon in der Vergangenheit nur mühsam über Wasser halten konnten. Von denen leben und arbeiten besonders viele in Neukölln. Sie alle machen den Bezirk und die Stadt aus – und sind damit der eigentliche Garant für die internationale Anziehungskraft der Kulturmetropole Berlin. Ausgerechnet hier, bei den Schwächsten im Kulturbetrieb, setzt der Senat seinen Rotstift an: durch die Abwicklung von Förderprogrammen, die Streichung von Mindesthonoraren und vor allem durch seine drastischen Kürzungen beim künstlerischen Arbeitsraumprogramm. Die konkreten Auswirkungen: Atelierhäuser wie in der Karl-Marx-Straße stehen vor

dem Aus, Musiker*innen finden keine bezahlbaren Proberäume, freie Theaterschaffende keine Aufführungsorte mehr.

Stoppt den Ausverkauf der Kulturmetropole

Mit jedem dieser Orte geht ein Stück kultureller Infrastruktur verloren, werden Künstler*innen ihres Arbeitsplatzes und damit auch ihrer Lebensgrundlage beraubt. Der Ausverkauf macht selbst vor öffentlichen Kultureinrichtungen nicht halt, wie die Geschichte der Alten Post und Jugendkunstschule zeigt.

Aber Kultur ist kein Luxusgut! Sie ist ein Teil der öffentlichen Grundversorgung, sozialer Ort und Raum für Begegnung, Bildung und Teilhabe. Wer bei der Kultur kürzt, trifft damit die Zukunftsfähigkeit und den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft. Die größten Leidtragenden sind all jene, die ohnehin über kein materielles Sicherheitsnetz verfügen: Die Freie Szene, migrantische und queere Communities, kleine Kulturore und Kollektive, die oftmals seit Jahren kulturelle Teilhabe vor Ort und zugleich künstlerische Innovation ermöglichen.

Wir Grüne kämpfen für eine Kulturpolitik für Alle: Wir wollen die

kulturelle Grundversorgung sichern, die Förderung von Künstler*innen weiterentwickeln und für eine faire Entlohnung von Kulturschaffenden sorgen. Denn die Zukunft der Stadt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, voneinander lernen und gemeinsam kreativ sind.



**Daniel Wesener und
Christina Hilmer-Benedict**

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Co-Vorstandssprecherin der Grünen Neukölln



Du möchtest
über unsere
Arbeit auf dem
Laufenden bleiben?
Dann abonniere
unseren
Newsletter!

gruene-neukoelln.de/newsletter

IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:

Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Meike Berg und Christina Hilmer-Benedict

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder.

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Andreas Audretsch, Miriam Beck, Meike Berg, Jochen Biedermann, Asiye Bilir, Philmon Ghirmai, Bahar Haghaniour,

Christina Himer-Benedict, Erik Marquardt, Marion Radszuweit, André Schulze, Stefanie Stier, Jan Stiermann, Samira Tanana, Daniel Wesener

Gesamtredaktion & Visualisierungen:
Stefanie Stier

Layout & Gestaltung:
Stefanie Stier, Marion Radszuweit

Internet: gruene-neukoelln.de

E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Bildnachweise:

S. 1 | Portrait: Julia Bornkessel | Grafik: Jules Weigel
S. 2 | Foto: Stefanie Stier | Icon: Canva
S. 3 | Portrait Chris: Dora Csala | Portrait Meike: Beate Trautvetter | Portrait Erik: Linda Rosa Saal | Foto: Erik Marquardt
S. 4 | Portraits Bahar, Chris, Jan & Asiye:

Dora Csala | Portraits André & Philmon: Kasimir Heldmann | Neukölln Grafik: Landeswahlamt Berlin

S. 5 | Foto: Katheryn Herrmann Aguero | Portrait: Maria Svidryk

S. 6 | Portrait Asiye: Dora Csala | Grafik: Canva | Portrait Samira: Marlene Fulde

S. 7 | Grafik: Igor Fayler | Portrait: Dora Csala

S. 8 | Portrait: Dora Csala | Foto: Brett Sayles von Pexels

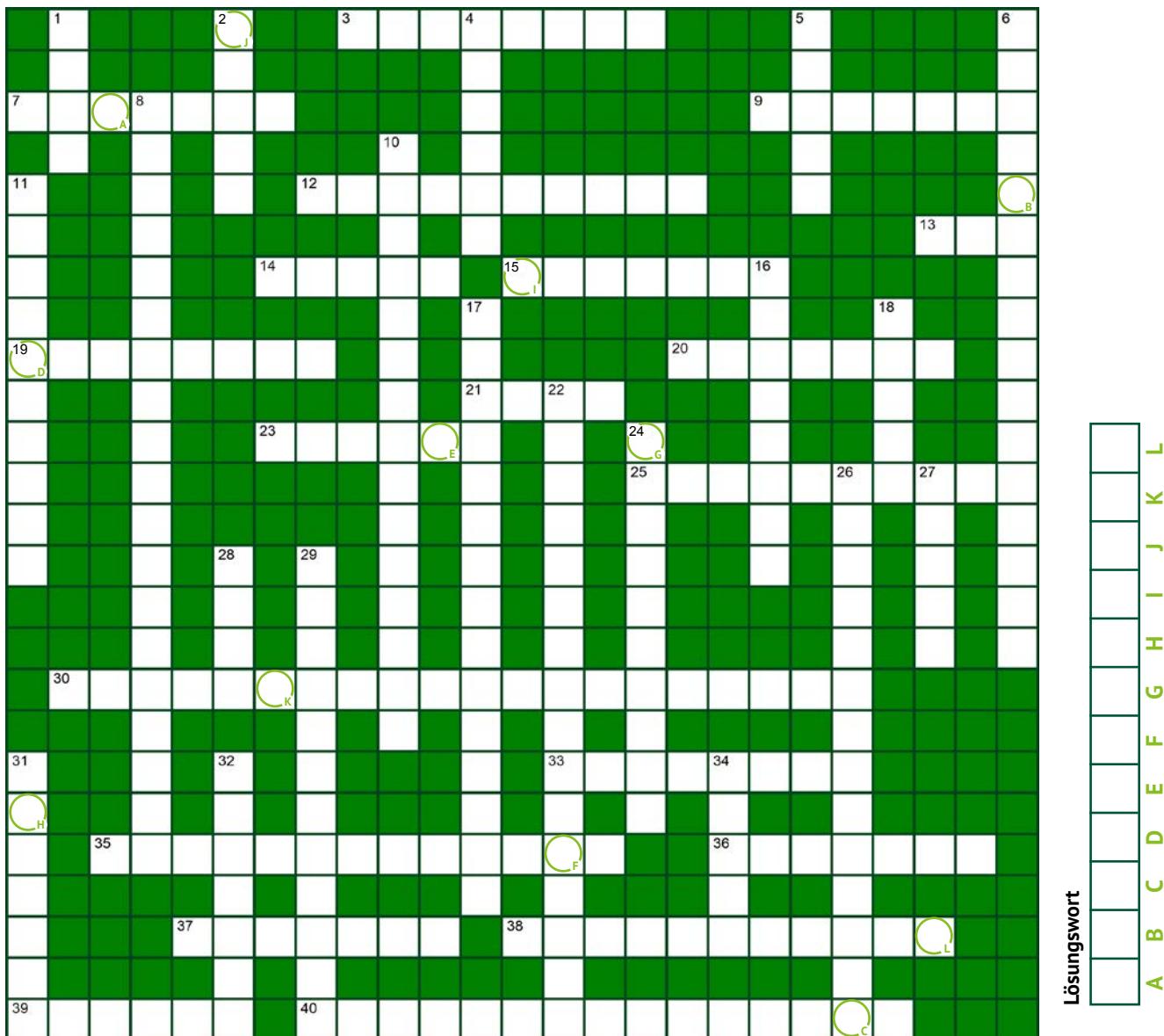
S. 9 | Portrait Philmon: Kasimir Heldmann | Portrait Bahar: Dora Csala | Icon: Flaticon

S. 10 | Plakat: Mietendeckel Jetzt

S. 11 | Portrait Daniel: Vincent Villwoch | Portrait Chris: Dora Csala

S. 12 | Rätsel erstellt mit Crossword Compiler

GRÜNES KREUZWORTRÄTSEL


Lösungshinweise senkrecht:

1. Tier, das als Symbol der Berliner Grünen auf Plakaten und Logos zu sehen ist
2. Wetter über einen langen Zeitraum
4. Alles, was uns in der Natur umgibt
5. Ortsteil im Süden Neuköllns
6. Unesco Welterbe in Britz
8. Feministischer Ansatz, der Mehrfachdiskriminierungen gemeinsam betrachtet
10. Wachsende soziale Problemlage im Bezirk
11. Begriff für Bäume und Pflanzen in der Stadt
16. Platz in der Stadt, wo Autos abgestellt werden
17. Veganes Ersatzprodukt, das nicht mehr wie Fleisch bezeichnet werden soll
18. Ortsteil mit erstem Frauenviertel in Deutschland
22. Berliner Landesparlament
24. Herrschaft des Volkes

26. Manuelles Gerät, mit dem Wasser gefördert wird
27. Signal an Kreuzungen
28. Wohnviertel oder Nachbarschaft in Berlin
29. Weniger Beton, mehr Grünflächen
31. Tag, an dem Kalender beginnt
32. Einstellung oder Meinung zu einem Thema
34. Sehr hohe Temperatur

Lösungshinweise waagerecht:

3. Morgentlicher Weg für Kinder zum Unterricht
7. Bezeichnung für die Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts
9. Standort für den schönsten Weihnachtsmarkt Berlins
12. Beweglichkeit
13. Fortbewegungsmittel für alle Generationen, klimafreundlich
14. Erneuerbare Energie aus Sonne
15. Aktion, bei der Freiwillige Müll in Parks und Kiezen sammeln
19. Offenheit gegenüber anderen Meinungen und Lebensweisen
20. Form der städtischen Einflussnahme auf Immobilienverkäufe
21. Grüner Bürgermeisterkandidat für Berlinwahl
23. Finanzierung für Studierende
25. Waldstück in Neukölln
30. Neuköllner Gemeinschaftsgarten für urbane Landwirtschaft und nachbarschaftliche Bildung
33. Einbezogensein in eine Lebenssituation
35. Messingplatten im Gehweg, die an Opfer des Nationalsozialismus erinnern
36. Geschwindigkeitsmarkierung für mehr Sicherheit
37. Zeit, die noch bevorsteht
38. Monument in der Hasenheide, dessen Umgestaltung gefordert wird
39. Verkehrsfläche für Fahrräder
40. Großes Einkaufszentrum in Neukölln, benannt nach deutschem Architekt